



Ratssplitter 03. Juni 2014

Sanierung der Brücke zum Spitzenberg – Beauftragung der Arbeiten

Der Gemeinderat hat beschlossen, das Brückengeländer und den Brückenkopf zu sanieren und den Auftrag an den günstigsten Bieter zu vergeben. Des Weiteren werden die Schadstellen des Brückenbodens saniert. Fünf Firmen wurden angesprochen, drei Angebote wurden abgegeben. Der Auftrag wurde an die Firma Kämpf mit knapp 19.000 € erteilt. Das Ingenieurbüro Ippich hatte im Vorfeld die Brücke geprüft und eine Sanierung auch im Hinblick auf die zunehmende Verschlechterung des Brückenzustandes empfohlen. Der Gemeinderat hat die erforderlichen Haushaltsmittel für 2014 zur Sanierung im Haushaltsplan eingestellt.

Gasversorgung der Gemeinde – Vorstellung des Konzepts der Erdgas Südwest

Die Erdgas Südwest und Netze Südwest GmbH war an die Gemeindeverwaltung herangetreten und hat angeboten, eine Ortserschließung mit Erdgas als Netzbetreiber durchzuführen. Die Erdgas Südwest hat zuletzt ihr Netz bis nach Sternenfels ausgeweitet und ist an einem weiteren Ausbau einschließlich der Gemeinde Zaberfeld stark interessiert. Von Norden gesehen ist bereits die Gemeinde Mühlbach erschlossen.

Der Gemeinderat steht einer Erschließung der Gemeinde Zaberfeld mit Erdgas grundsätzlich offen gegenüber. Ziel und im Konzessionsvertrag festgeschrieben muss aus Sicht des Gemeinderates sein, dass das Netz der Erdgas Südwest auf alle vier Ortsteile der Gemeinde ausgeweitet wird.

In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat auch entschieden, 3 Querungen für Erdgasleitungen nach Leitungsvorschlägen der Erdgas Südwest in der Michelbacher Straße einzubauen. Die Kosten von rund 3.500 € für die Querungen sind zunächst von der Gemeinde zu tragen, können bei einer späteren Konzessionsvergabe dem Konzessionär in Rechnung gestellt werden.

Baugesuche

Aufstellung eines Stall-Zelts für Pferde sowie eines Stroh- und Heu-Zeltes, Schloßberg 19, Flst. 3189/2 mit Duldung einer Pferdehaltung

Der Gemeinderat hat das Einvernehmen für das Bauvorhaben mit Pferdehaltung aufgrund bereits vorliegender Einwände mehrerer Anlieger und der Gesamtbeurteilung des Wohngebietes nicht erteilt.

- **Errichtung einer Terrassenüberdachung, Hauptstr. 16/1, Flst. 90 und 91**
- **Errichtung eines Carports, Wieselweg 16, Flst. 4371**

Der Gemeinderat hat dem Einvernehmen für beide Bauvorhaben zugestimmt.

Änderung der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften über Dachfarbengestaltung und Dachform

Der Gemeinderat hat die örtlichen Bauvorschriften über Dachfarbengestaltung und Dachform vom 14.03.2006 geändert und die Worte „sowie glänzende reflektierende Materialien“ aus der Satzung gestrichen.

Das Landratsamt Heilbronn hat der Gemeinde empfohlen, auf Grund der Veränderungen in den vergangenen Jahren, insbesondere der Verfahrensfreiheit bei der Installation von glänzenden PV-Anlagen auf Dächern, die Satzung anzupassen und auf den Zusatz zu verzichten.

Beschlussfassung über Hinderungsgründe gewählter Gemeinderatsmitglieder

Der Gemeinderat hat festgestellt, dass bei den gewählten Bewerbern für den Gemeinderat keine Hinderungsgründe gegen den Einzug ins Gremium vorhanden sind.

Alle Kandidaten, die auf den Listen für die Gemeinderatswahl am 25. Mai 2014 aufgestellt waren, wurden bereits durch den Gemeindewahlausschuss auf ihre Wählbarkeit überprüft. Der Gemeindewahlausschuss hat am 26. Mai 2014 in öffentlicher Sitzung die gewählten Bewerber und die Ersatzpersonen festgestellt.

Kindergarten Leonbronn – Vergaben und Kostenentwicklung

Der Gemeinderat hat der Vergabe von weiteren 9 Gewerken für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Leonbronn an den günstigsten Bieter beschlossen.

Der Gemeinderat hat am 28. Januar 2014 bereits die Vergabe größerer Gewerke zur Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Leonbronn mit rund 340.000 € beschlossen. Insgesamt 21 ausgeschriebene Gewerke sind nunmehr vergeben.

Die Gesamtkosten, die im Gemeinderat in der Januarsitzung beschlossen wurden, waren mit 453.000 € angegeben. Nachdem nunmehr alle Vergaben erfolgten, werden sich die Gesamtkosten auf 468.000 € erhöhen.

Die Mehrkosten sind insbesondere dadurch begründet, dass im Altbau die Decke vollständig erneuert werden muss und deshalb auch weitere Malerarbeiten erforderlich sind. Dieser Kostenfaktor war bisher nicht berücksichtigt, die Arbeiten werden allerdings auf Grund des Zustands der Decke als zwingend erforderlich gesehen.

Umstellung der Gemeinde auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen

Der Gemeinderat hat der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht zum 1.1.2020 mit dem Kommunalen Rechenzentrum zugestimmt.

Der Landesgesetzgeber verpflichtet die Gemeinden spätestens zum 01.01.2020 die Finanzbuchführung der Gemeinde von der Kameralistik auf die Doppik (kaufmännische Buchführung) umzustellen.

Das Rechenzentrum (Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken -KIVBF) hat 2011 damit begonnen, die angegliederten Städte und Gemeinden in die kaufmännische Buchführung überzuleiten. Dieser Prozess soll bis ins Jahr 2020 abgeschlossen sein. Die bisherigen kameralistischen Programme werden ab diesem Zeitpunkt nicht mehr gepflegt. Seitens der Datenzentrale Baden-Württemberg wurde speziell für Städte und Gemeinden kleinerer und mittlerer Größe die SAP-basierende Softwarelösung „Kommunale Doppik SMART“ entwickelt.

Damit auf Doppik umgestellt werden kann, sind seitens der Verwaltung umfangreiche Vorarbeiten zu erbringen. Dazu zählen insbesondere die Erfassung und Bewertung des

gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens, die Überleitung aller Haushaltsstellen in Produkte bzw. Sachkonten und zeitintensive Schulungen der Mitarbeiter der Kämmerei und der Kasse. Die Kosten für die Umstellung sind von der Gemeinde zu tragen.

Abbau öffentlicher Telefone durch die Deutsche Telekom

Die Telekom beabsichtigt die Standorte in Leonbronn, Zaberfelder Straße (beim Bürgerhaus) sowie in Ochsenburg, Eppinger Straße 39 (Bushaltestelle) abzubauen. Laut Mitteilung der Telekom wurden die beiden Telefonstellen in den letzten 12 Monaten so gut wie nicht benutzt.

Grundsätzlich ist die Deutsche Telekom zur Grundversorgung mit öffentlichen Münz- und Kartentelefonen verpflichtet, sofern diese auch wirtschaftlich betrieben werden können. Nach Regelung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände können extrem unwirtschaftliche öffentliche Fernsprecher mit einem Umsatz von weniger als 50 € pro Monat abgebaut werden, sofern die Zustimmung zum Abbau von den Gemeinden erteilt wird. Bereits im vergangenen Jahr wurde in Zaberfeld in der Leonbronner Straße ein Standort aufgegeben. Laut Anfrage bei der Telecom wurden die beiden Telefone im zurückliegenden Jahr so gut wie nicht mehr genutzt.

Da die Mobilfunkverbindungen in Leonbronn Mängel aufweist wird die Gemeinde die Telekom auffordern, vor Abbau dieses Standorts den LTE-Standort und das Leitungsnetz in der Gemeinde für Mobilfunk, Festnetz und Internet weiter auszubauen um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und zu verbessern.

Der Gemeinderat hat dem Abbau der zwei öffentlichen Telefonstandorte der Deutschen Telekom nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Versorgungssicherheit der Ortsteile gegeben und maßgeblich verbessert wird.

Bekanntgaben

Der Gemeinderat wird über ein Schreiben von Landrat Piepenburg an Verkehrsminister Hermann zur Reaktivierung der Zabergäubahn informiert, in dem dieser das Ministerium zu einer Stellungnahme hinsichtlich einer zeitlichen Bewertung der Wirtschaftlichkeit der Bahnstrecke auffordert.

Des Weiteren wird der Gemeinderat über eine Begehung der sanierungsbedürftigen Friedhofsmauer in Ochsenburg mit dem Landesdenkmalamt informiert. Demnach kann eine Förderung der Sanierungsmaßnahme für 2015 in Aussicht gestellt werden, allerdings ist nochmals eine genaue Kostenfeststellung erforderlich. Derzeit stehen noch Gesamtkosten von 150.000 € im Raum.

Die Einsetzung des neuen Gemeinderates wird am Freitag, 01. August erfolgen.